

# Der Kampf um Dantes Sprache geht in eine neue Runde

Eine Untersuchung soll zeigen, wie die Situation des Schulfachs Italienisch in den einzelnen Kantonen ist

Obwalden will Italienisch vom Schwerpunkt- zum Freifach herabstufen. Diese Entscheidung muss Sarnen nun überdenken – aufgrund eines Briefes, den Bundesrat Burkhalter der besorgten Tessiner Regierung geschickt hat.

Peter Jankovsky, Locarno

Die St. Galler Regierung hat es im Februar erfolglos versucht, jetzt wagt es Obwalden: Die naturwissenschaftlichen Fächer an der kleinen Kantonsschule Sarnen sollen gestärkt werden, und daher ist das etwas weniger häufig gewählte Schwerpunktfach Italienisch abzuschaffen. Zwar belegen die Obwaldner Gymnasiasten Latein nicht häufiger, doch Vergils Sprache erleichtert im Gegensatz zu jener Dantes den Zugang zu historischen und sprachlichen Fächern an einigen Universitäten. So soll in Sarnen die dritte Schweizer Amtssprache ab nächstem Jahr nur noch als Freifach angeboten werden.

## Kein Maturafach mehr?

Dies stösst in der italienischen Schweiz auf Missfallen. Regierung und Parlament des Kantons Tessin sprechen von der Verletzung einer der föderalen Grundideen der Schweiz und haben an Obwaldens Regierung und an Bundesbern appelliert. «Italienisch darf als mögliches Maturafach nicht verschwinden», sagt auch Donato Sperduto, der Präsident des Verbands der Schweizerisch-Italienisch-Lehrpersonen. Darum überreichte der Verband der Obwaldner Regierung Ende November 4418 Unterschriften, die genau dies fordern. Während Sarnen etwa zur gleichen Zeit



Im Gymnasium wird dem Italienischen oft wenig Beachtung geschenkt. Beliebte sind Englisch und Spanisch.

CHRISTIAN MATHIS / NZZ

erklärte, es bleibe bei der Herabstufung, sind aus Bern hoffnungsvolle Töne zu vernehmen. Bundesrat Didier Burkhalter, Chef des Eidgenössischen Departements des Inneren, hat der Tessiner Regierung vor Wochenfrist einen Brief mit folgendem wichtigem Satz geschickt, der sich auf das Maturitätsreglement bezieht: «Die Kantone, in welchen die Erstsprache Französisch oder

Deutsch ist, müssen Italienisch als Grundlagen- und als Freifach anbieten, und sie können – aber müssen nicht – es als Schwerpunktfach anbieten.»

Der springende Punkt in diesem Satz ergibt sich aus dem unscheinbaren «und»: In einer semantisch grosszügigen Sichtweise könnte man es als ein «oder» interpretieren – was die Regierungen St. Gallens und Obwaldens anhand ähn-

lich lautender offizieller Formulierungen vielleicht taten, womit sie sich zur Herabstufung des Italienischen berechtigt fühlten. Wie auch immer diesbezügliche Spekulationen ausfallen mögen, das Departement des Inneren bestätigt jedenfalls auf Anfrage: Das betreffende «und» sei im Sinne von «sowohl – als auch» aufzufassen. Wenn also das Italienische in Obwalden seinen Status als

Schwerpunktfach verliert, ist das erlaubt, aber es darf nicht nur Freifach sein. Dantes Sprache soll Maturafach bleiben und muss daher wenigstens den Status eines Grundlagenfachs haben. Denn gemäss der revidierten Maturitätsanerkennungsverordnung von 2007 kann als Maturafach nur ein Schwerpunktfach oder Grundlagenfach gelten.

In der Sendung «Il Quotidiano» des Fernsehens der italienischen Schweiz erklärte letzte Woche der Chef des Tessiner Erziehungsdepartements Manuele Bertoli, Obwalden müsse das Italienische als Maturitätsfach anbieten, wenn auch als fakultatives. Laut Bertoli ist zu klären, warum die von Burkhalter beschriebene Norm nicht respektiert wird. Der Obwaldner Regierungsrat Franz Enderli wiederum, Vorsteher des Bildungsdepartements, gab in derselben TV-Sendung zu, dass die ganze Angelegenheit im Lichte der bundesrätlichen Aussage neu betrachtet werden sollte.

## Gefahr geringer Beachtung

Laut Burkhalter hat die Schweizerische Maturitätskommission untersucht, wie die Situation des Italienischen in den einzelnen Kantonen ist. Den Anstoss dazu hatte übrigens im Februar die Tessiner Regierung im Zusammenhang mit dem vergeblichen St. Galler Versuch, das Italienische herabzustufen, gegeben. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen nächstes Jahr bald publiziert und diskutiert werden. Bundesrat Burkhalter sprach zudem gegenüber Tessiner Medien von der Gefahr, dass in der Schweiz angesichts des beliebten Englischen und des Spanischen den eigenen Landessprachen und besonders dem Italienischen immer weniger Beachtung geschenkt werde. Der Kampf um Dantes Sprache geht also in eine neue Runde.

## Ausländer im Föderalismus

Studie über Ungleichheiten in der Bewilligungspraxis

Die Kantone wenden das Ausländerrecht teilweise unterschiedlich an. Städtisch geprägte und welsche Kantone sind gemäss einer Studie grosszügiger.

Christoph Wehrli

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen hat das Forum für Migrationsstudien der Universität Neuenburg den Föderalismus in der Ausländerpolitik untersuchen lassen. Während Unterschiede zwischen den Kantonen und sogar zwischen den Gemeinden bei der Einbürgerung durch die Kompetenzordnung bedingt sind, verstehen sie sich weniger von selbst, wo es um den Vollzug des Ausländergesetzes und anderen Bundesrechts geht. Die Mehrheit der Ausländer fällt allerdings unter das Personenfreizügigkeitsabkommen, das bestimmte Rechte relativ klar gewährleistet und den Spielraum somit beschränkt.

## Flexibler Integrationsbegriff

Eine fast überraschende Konvergenz der kantonalen Behörden wird bei der Zulassung von Berufsleuten aus Nicht-EU-Staaten festgestellt. Das Erfordernis der Qualifikation sei stets das wichtigste Kriterium, wobei auch regionale Bedürfnisse (etwa der Landwirtschaft) berücksichtigt werden. Eine separate Beurteilung des Integrationspotenzials gilt meistens als unnötig.

Der Grad der Integration ist im Übrigen bei mehreren Bewilligungen ein zentrales Kriterium. Bei den ersten Stufen wird vor allem auf die wirtschaftliche Stellung geachtet, bei der Einbürgerung schliesslich auch auf weniger klar fassbare Aspekte wie die Beteiligung am kommunalen Leben. Städtisch geprägte Kantone sind grosszügiger als andere in der vorzeitigen Erteilung der Niederlassungsbewilligung bei erfolg-

reicher Integration. Das Mittel der Integrationsvereinbarung (-verpflichtung) wird von 14 Kantonen, speziell von allen welschen, überhaupt nicht und von den anderen in sehr unterschiedlichem Ausmass eingesetzt. Der Gesetzgeber liess Raum, um mit dem neuen, nicht unumstrittenen Instrument Erfahrungen zu sammeln. Eine eigene Praxis verfolgen die Kantone aber auch etwa beim Familiennachzug. So hat die Hälfte von ihnen für den späteren Nachzug Jugendlicher eine Altersgrenze festgelegt.

Im Asylbereich variiert die Höhe der finanziellen Sozialhilfe. Grosse Unterschiede bestehen vor allem bei den Leistungen für vorläufig Aufgenommene, da einzelne Kantone die (höheren) Ansätze der Skos anwenden, obwohl die Abgeltung durch den Bund die gleiche ist wie für Asylsuchende. In einem «positiven» Sinn wird der Föderalismus auch genutzt, indem die meisten Kantone auf eigene Rechnung gewisse Eingliederungsmassnahmen (Sprachkurse, Beschäftigungsprogramme) für Asylsuchende anbieten. Festgestellt wird im Weiteren, dass mehrere Kantone zwar restriktiv Sozialhilfe gewähren, aber dafür den Arbeitsmarkt möglichst öffnen.

## Druck zur Angleichung

Es zeigt sich, dass die urbanisierten und die französischsprachigen Kantone «liberaler» sind und, wie es heisst, ein anderes Verständnis von Integration und Staatsbürgerschaft haben. Auch spiegelt sich in der Einbürgerungspraxis die politische Einstellung der Volksmehrheit. Insofern scheinen die für die Betroffenen schwer verständlichen oder stossenden Ungleichheiten einer Funktion des Föderalismus zu entsprechen. Die Autoren weisen aber darauf hin, dass sich aus der Verrechtlichung des Migrationsbereichs und aus der interkantonalen Mobilität ein Druck zur Vereinheitlichung ergibt. Die Kommission wünscht sich eine Harmonisierung.

## Von der Kleinstadt zur Mittellandstadt

Fusionsprozess am urbanisierten unteren Sempachersee

Die schnell gewachsene Region rund um Sursee will sich politisch neu organisieren. In einem ersten Schritt sollen nun vier Gemeinden fusionieren.

Pirmin Schilliger, Sursee

Noch vor fünfzig Jahren zwängte sich der gesamte Gotthardverkehr durch das historische Untertor von Sursee, das heute den Fussgängern gehört. Längst hat sich der alte Marktflecken an der Nord-Süd-Route zu einem modernen kleinstädtischen Zentrum entwickelt. Er ist heute mit mehr als 11 000 Arbeitsplätzen der Motor der Luzerner Landschaft. Im Umland hat eine bauliche Entwicklung stattgefunden, welche die traditionellen Gemeindegrenzen längst sprengt. Mit seinen Nachbarn Mauensee, Schenkon und Oberkirch bildet Sursee inzwischen einen zusammenhängenden Siedlungsraum von 15 000 Einwohnern. Der Ort funktioniert als regionales Dienstleistungszentrum eines viermal grosseren Einzugsgebietes.

Angesichts dieser Entwicklung ist es naheliegend, dass der politische Zusammenschluss der zusammengewachsenen Gemeinden am unteren Sempachersee immer mehr zum Thema wird. Das schon weit gediehene Fusionsvorhaben ist denn auch im Sinne des kantonalen Raumkonzepts. Und es wird von der Luzerner Regierung mit 9,25 Millionen Franken kräftig unterstützt. «Ein starkes Sursee ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons zentral», betont Justizdirektorin Yvonne Schärli.

Bis Ende letzter Woche waren die Ergebnisse des Schlussberichts zur Fusion zwecks Vernehmlassung öffentlich aufgelegt. Nun ist höchste Eile angeordnet, denn bis zum 17. Januar soll der Fusionsvertrag ausgearbeitet sein. Eine Knacknuss, die erst noch gelöst werden

muss, ist laut dem Surseer Stadtpräsidenten Ruedi Amrein die Frage, nach welchem Verfahren die Stadtregierung künftig gewählt werden soll. Im März sollen dann die Stimmbürger der Gemeinden über die Fusion entscheiden. Ziel ist es, den Zusammenschluss 2013 zu vollziehen. Sonst riskiert die neue Grossgemeinde, jährlich rund eine Million weniger aus dem Finanzausgleich zu erhalten. 2014 tritt nämlich ein entsprechend revidiertes Gesetz in Kraft.

Weil das Volk vor einem Jahr bereits die Planungsphase genehmigt hat, gelten die Chancen für ein Ja zur Fusion als intakt. Kritiker des Vorhabens bemängeln jedoch, dass wichtige Gemeinden abseitsstehen. Gemeint sind damit vor allem Oberkirch und Schenkon. Sie gehören siedlungsmässig zum Kernraum Sursee, wollen aber weiterhin selbständig bleiben. Fusionspartner sind stattdessen die periphereren Orte Geuensee und Knutwil sowie Mauensee. Über die Gründe des Abseitsstehens etwa von Schenkon braucht man nicht lange zu spekulieren: Der Steuerertrag pro Einwohner ist in dieser Gemeinde mehr als doppelt so hoch wie etwa in Geuensee. Böse Zungen behaupten zudem, Sursee wolle einzig fusionieren, um an Bauland zu gelangen. Das Argument ist nicht

ganz von der Hand zu weisen. Die Kleinstadt kann nämlich ihre Fläche auf knapp 24 Quadratkilometer vervierfachen, wird aber bevölkerungsmässig lediglich von 9000 auf 14 500 Einwohner zulegen.

Gewisse Bürger können sich mit der derzeitigen Fusionsstrategie nicht anfreunden, weil sie ihnen zu wenig wegreift. Sie verweisen auf ein Projekt des regionalen Entwicklungsträgers Sursee-Mittelland, dem 19 Gemeinden mit zusammen 65 000 Einwohnern angeschlossen sind. «Sursee Plus» heisst die Initiative, und sie zielt auf eine Mittellandstadt mit rund 30 000 Einwohnern, die sich stark an einem nationalen Raumkonzept orientiert. – Tatsächlich wachsen die Gemeinden rund um den Sempachersee unentwegt weiter, dank ihrer attraktiven Wohnlage und den ausgezeichneten Verkehrsanschlüssen. Das Abstimmungsergebnis zur Fusion dürfte zweifellos auch das Zukunftsprojekt einer grösseren Mittellandstadt beeinflussen. Jedenfalls sollen früher oder später weitere Gemeinden ins urbane Boot geholt werden.

Zumindest architektonisch hat Sursee mit Blick auf die angestrebte Grösse schon vorgespart. Dies beweisen die in den letzten Jahren errichteten imposanten Bauten von berühmten Architekten wie Luigi Snozzi und Theo Hotz. Gleichzeitig haben es die Behörden verstanden, die expandierende Einkaufsachse zwischen Altstadt und Bahnhof baulich einermassen zu bändigen. Der Ort, der 2003 mit dem Wacker-Preis ausgezeichnet wurde, ist von gravierenden Bausünden verschont geblieben. Die Altstadt ist in eine verkehrsberuhigte und an Wochenenden äusserst lebhaft ausgeheilte verwandelt worden. Zusammen mit der mittels Fusion gewonnenen Grösse soll Sursee nun, wie der Stadtpräsident betont, endlich jene Ausstrahlung erhalten, mit welcher der Ort auch im nationalen Standortwettbewerb punkten kann.

## Gemeindefusion Region Sursee

